

Nordrhein-Westfalen
Landtag
intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 13.6.2002



Musik statt Maschinengetöse erfüllt bald die schlossartige Maschinenhalle der früheren Zeche Zweckel in Gladbeck. Am 20./21. September gastiert hier Lester Bowie mit dem Programm „Schwarz Rot Atemgold 09“ in der Reihe Tributes to Kings of Jazz der RuhrTriennale. Die alte Maschinenhalle, zusammen mit einem Fördergerüst letzter Rest der 1963 stillgelegten Zeche, weist Stilelemente des Jugendstils auf, wurde 1909 errichtet und 1988 unter Denkmalschutz gestellt. Seit drei Jahren hat sich die Halle zu einem beliebten Veranstaltungsort für Kunst und Kultur entwickelt (siehe Bericht auf Seite 7).
Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

Antisemitismus Seite 3

SPD, CDU und GRÜNE haben im Gefolge der „Affäre Karsli“ die Tagesordnung des Plenums am 6. Juni um den Punkt „Antisemitismus“ erweitert.

Finanzlage Seite 6

Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung haben der Behauptung der CDU widersprochen, nach Steuerschätzung und Haushaltssperre sei NRW „pleite“.

Brustkrebsbehandlung Seite 8

Die Enquetekommission Frauengesundheit hat sich eine vorbildliche Einrichtung für die Behandlung brustkrebskranker Frauen angesehen.

Justizvollzugsämter Seite 9

Zusammenlegung der Justizvollzugsämter im Lande – einige Experten im Rechtsausschuss waren dafür, andere lehnten den Plan ab.

Eine-Welt-Politik Seite 10

Überwiegend positives Echo für die Eine-Welt-Politik des Landes bei einer Sachverständigenanhörung im Europa-Ausschuss.

Wort und Widerwort:

Wie kann das Land NRW zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beitragen?

Für die Betroffenen oft genug eine Katastrophe, für die Gesellschaft drängendes Problem und große Herausforderung: Junge Menschen am Anfang ihres Berufslebens, die ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz sind und damit keine Perspektive haben. Hier sind gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft erforderlich. Über den notwendigen Beitrag des Landes zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit äußern sich die vier Landtagsfraktionen. (Seite 2)

Von Michael Scheffler (SPD)

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat für uns höchste Priorität. Wir unterstützen die Landesregierung bei der Umsetzung des ehrgeizigen Ziels, in unserem Land Jugendarbeitslosigkeit langfristig zu einem Fremdwort werden zu lassen.



Mit dem 1996 verabschiedeten Ausbildungskonsens garantieren wir jedem ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Das 1998 gestartete Programm „Jugend in Arbeit“ ist unsere Antwort auf die Beschäftigungsprobleme, gerade von benachteiligten Jugendlichen.

Unser Programm „Jugend in Arbeit“ wirkt: Von den jungen Menschen, die am Programm teilgenommen haben, blieben fast 75 Prozent im vermittelten Betrieb. „Jugend in Arbeit“ gehört zu den mit Abstand erfolgreichsten Arbeitsmarktprogrammen. Es setzt darauf, Jugendliche persönlich anzusprechen, sie zu beraten und mit ihnen Entwicklungspläne zu vereinbaren. Den jungen Menschen wird bei der Auswahl einer passenden Stelle geholfen und eine Begleitung zumindest während der Anfangsphase im Betrieb sichergestellt. In den knapp vier Jahren Laufzeit des Programms wurden 24 000 Langzeitarbeitslose bzw. von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte junge Menschen motiviert, sich zu qualifizieren. 87,3 Prozent von ihnen gelang der Weg zurück in die Beschäftigung.

Die SPD-Fraktion unterstützt den nordrhein-westfälischen Arbeitsminister dabei, das erfolgreiche Programm auch in finanzpolitisch schwieriger Situation fortzuführen.

Von Hermann-Josef Arentz (CDU)

Die Bekämpfung der viel zu hohen Arbeitslosigkeit ist die wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe. Oberste Priorität muss dabei die Bekämpfung der bedrückend hohen Jugendarbeitslosigkeit haben. Ein Blick auf die nüchternen Zahlen der Statistik belegt die Dramatik der Situation: Ende April 2002 waren in NRW mehr als 90 000 junge Menschen ohne Arbeit.



Diese Zahlen belegen gleichzeitig, dass Ministerpräsident Clement und Arbeitsminister Schartau beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in erschreckender Weise erfolglos sind. Verantwortungsvolle Politik darf diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Sie muss vielmehr alles in ihrer Macht stehende tun, die arbeitslosen jungen Menschen in unserem Lande wieder — oder häufig auch erstmals — in Arbeit zu bringen und ihnen so eine Perspektive für die Zukunft geben. Deshalb sind Programme, die dieses Ziel verfolgen, ganz besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund ist es schlicht und ergreifend skandalös, dass Minister Schartau angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Landes bereits Ende April den am Programm „Jugend in Arbeit“ beteiligten Handwerks-, Industrie- und Handelskammern mitgeteilt hat, sie dürften im ersten Halbjahr 2002 nur 1 020 arbeits-

lose Jugendliche vermitteln. Damit muss eine große Zahl von Jugendlichen ihre Hoffnung auf einen baldigen Arbeitsbeginn aufgeben, obwohl es eine Vielzahl von Arbeitgebern gibt, die bereit sind, jungen Menschen eine Chance zu geben. Diese Chancen darf die Landesregierung nicht einer verfehlten Finanzpolitik opfern. Erfolgreiche Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dürfen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

**Wie kann
das Land
zum Abbau
der Jugend-
arbeitslosigkeit
beitragen?**

Von Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Das beste Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eine gute Schulbildung. Daran hapert es in unserem Land gewaltig. Zumindest die einfachen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und einfache Grundrechenarten muss jeder Schulabgänger beherrschen. Dasselbe gilt für das Beherrschen der deutschen Sprache, und zwar sowohl für Jugendliche deutscher Herkunft als auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Lernschwache Jugendliche gilt es, schon in den Schulen verstärkt zu fördern. Ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt „Hellwach“ aus Witten. Zwei ehemalige selbstständige Unternehmerinnen bereiten dort in Zusammenarbeit mit den Schulen ehrenamtlich diese Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vor und nutzen dabei ihre Kontakte zu den Kammern und Verbänden.



Förderprogramme wie „Jugend in Arbeit“ müssen schon bei Eintritt der Arbeitslosigkeit einsetzen, nicht erst nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit. Um ein Konkurrenieren der unterschiedlichen Programme zu vermeiden und die knappen Mittel gezielt einsetzen zu können, müssen alle Fördermittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf Bundes- und Landesebene wie zum Beispiel „JUMP“, „Jugend in Arbeit“ und „BUS“ in einem Programm mit gleichen Förderrichtlinien gebündelt werden. Entsprechend dem Kölner Modell „Sprungbrett“ müssen jugendliche Arbeitslose, die Sozialhilfe beantragen, sofort in einen Job oder eine Beschäftigungseinrichtung vermittelt werden, in der sie entsprechend ihrer Begabungen und Interessen gezielt geschult werden. Natürlich muss sich Arbeit immer mehr lohnen als staatliche Transferleistungen, beispielsweise durch Zusatzzahlungen über das „Bürgergeld“.

Von Barbara Steffens (GRÜNE)

Programme der Regierung und das NRW-Programm „Jugend in Arbeit“ verzeichnen bei entsprechender Ausstattung, passgenauen und zielgruppenspezifischen Ansätzen erhebliche Erfolge. Allerdings dürfen wir die grundsätzlichen Probleme nicht aus den Augen verlieren: Zur dauerhaften Vermeidung von Jugenderwerbslosigkeit ist eine Bildungsreform und ein Ausbau der Förderung für lernschwache Schülerinnen notwendig, denn je mehr die Tätigkeiten für niedrig Qualifizierte auf dem Arbeitsmarkt zurückgehen, umso mehr wird Bildung zur Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Eine gute Erstausbildung stellt dann, gemeinsam mit kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung die Platzkarte auf dem Arbeitsmarkt dar. Versäumte Erstausbildungen können kaum aufgeholt werden.



Das heißt aber auch, dass die Übergänge zwischen der Schule und der Ausbildungsrealität stärker verzahnt werden müssen, dass aktiv auf die Jugendlichen zugegangen werden muss, um durch frühzeitige Angebote zu verhindern, dass sie in arbeitsferne Milieus abgedrängt werden. Hierbei helfen Sanktionen nicht, denn diese führen nur zu Verdrängung in illegale Milieus.

Berufsbilder und Ausbildungsgänge müssen frühzeitig und kontinuierlich für SchülerInnen ab der fünften Klasse mit Inhalten gefüllt werden, damit Berufswünsche und Alternativen auf eine breite Entscheidungsgrundlage gestellt werden.

Selbstverständlich müssen ausreichend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Die Verabredungen des Ausbildungskonsens sind auch in 2001 von den Arbeitgebern nicht eingehalten worden. Sie haben 1,3 Prozent weniger ausgebildet als im Vorjahr. Entspannung gab es durch staatliche Programme. Eine solidarische Ausbildungsplatzumlage steht daher auch weiterhin auf der Agenda.

Landtag erteilt dem Antisemitismus eine Abfuhr und bekräftigt den demokratischen Grundkonsens

Jeder Form von Antisemitismus hat der Landtag eine Abfuhr erteilt: „Zum politischen Konsens der Bundesrepublik Deutschland gehört seit 1945, antijüdischen Ressentiments entgegenzutreten, vorhandene Ressentiments zu bekämpfen und sie keinesfalls zu dulden, zu fördern, zu bedienen oder zu instrumentalisieren. Dieser Konsens ist in Gefahr, wie die gegenwärtige Antisemitismus-Debatte in Deutschland zeigt.“ Und: „Die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen bekennen sich persönlich und ausdrücklich zu ihrer Verantwortung aus der deutschen Geschichte. Sie werden auch in Zukunft mit aller Kraft aufkommendem Antisemitismus in jeder Form entgegenzutreten.“ Für diesen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und GRÜNEN (Drs. 13/2689) votierten am 6. Juni in namentlicher Abstimmung 193 Abgeordnete, die FDP-Fraktion stimmte dagegen. Sie stieß sich an der Formulierung: „Teile der FDP nutzen antiisraelische und antisemitische Stimmungen, um aus wahltaktischen Gründen gezielt rechtspopulistische Tendenzen zu verstärken.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, sah in den Entscheidungen und Äußerungen seitens führender Vertreter der FDP eine politische Konzeption, die darauf abhebe, „das antijüdische und antiisraelische Wählerpotenzial, das es leider auch in unserem Land gibt, für die Wahl zu nutzen“. An den FDP-Fraktionsvorsitzenden gewandt, forderte er ihn auf: „Distanzieren Sie sich durch klare Worte von dieser Strategie.“ Es sei nicht so, dass niemand an der aktuellen Politik der israelischen Regierung und an Ministerpräsident Ariel Sharon Kritik äußern dürfe, aber nicht hinzunehmen sei, den Eindruck zu erwecken, „als sei die Politik der israelischen Regierung oder vielleicht sogar das Auftreten und die Äußerungen von Repräsentanten der jüdischen Gemeinden in Deutschland für Antisemitismus verantwortlich“. Moron an Möllemann: „Das ist unerträglich und das ist der Tabubruch, den Sie begangen haben. Dafür erwarten wir eine Entschuldigung.“ Es könne nicht sein, dass jüdische Mitbürger („Sie sind uns herzlich willkommen“) in Deutschland wieder Angst haben müssten.



Jürgen W. Möllemann (FDP)

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, bestätigte der FDP, sie sei keine antisemitische Partei. Wer aber auf die Erfolge der rechtspopulistischen Parteien schiele und von einer politischen Klasse spreche, die sich von den Menschen entfernt habe, der spiele mit dem Feuer. Es gebe keine Normalität abseits von der eigenen Geschichte und der historischen Schuld, betonte Rüttgers: „Sonst müssen wir in der Zukunft eine Wiederkehr des Verdrängten und des Tabuisierten fürchten, die keiner wollen kann.“ Noch sei es möglich, unsere politische Kultur vor Schaden zu bewahren: „Das neue Jahrhundert muss gerade bei uns in Deutschland ein Jahrhundert des Friedens sein – nach innen und nach außen.“

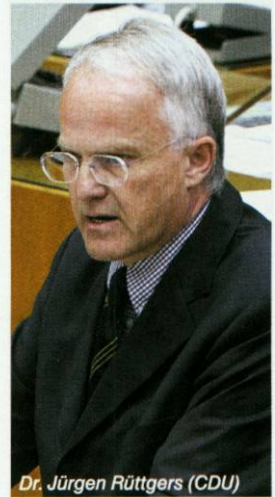
Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt dem liberalen Fraktionsvorsitzenden vor, er habe den Grundkonsens verlassen, mit antisemitischen Ressentiments nicht auf Stimmenfang zu gehen. Sie sei für die Debatte dankbar: „Es muss nämlich sein, dass dort, wo gezündelt wird, auch über die Brandstifter geredet wird. Damit das klar ist: Wer Brandstifter ist, ist kein Opfer. Brandstifter sind Täter. Sie, Herr Möllemann, sind kein Opfer.“ Nicht die Kritik an der israelischen Politik sei der Tabubruch, sondern mit Blick auf Michel Friedman und dessen angeblich gehässige und arrogante Art jüdische Repräsentanten für Antisemitismus in Deutschland mitverantwortlich zu machen. Sie glaube nicht, dass Möllemann ein Antisemit sei, aber es sei schlimm, antisemitische Ressentiments zu funktionalisieren, um so Wählerstimmen zu rekrutieren.

Jürgen W. Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, teilte mit, Jamal Karsli habe ihm gegenüber erklärt, er werde auf seine Mitgliedschaft in der FDP-Landtagsfraktion verzichten. Diese Entscheidung respektiere er. Die Rede Löhrmanns habe gezeigt, dass es bei der Landtagsdebatte nicht um den übergreifenden politischen Konsens zur Bekämpfung des Antisemitismus gehe, sondern darum, „unter dem Rubrum Antisemitismus einen unzulässigen Wahlkampf zu führen. Das halte ich für widerlich.“ Möllemann erinnerte daran, dass er seine „Äußerung im Zorn“ öffentlich bedauert habe, wonach kaum jemand den Antisemitismus, die es in Deutschland gebe und die bekämpft werden müssten, mehr Zulauf verschafft habe als Herr Sharon und in Deutschland Herr Friedman. Der Fraktionsvorsitzende: „Sollte ich damit die Empfindungen jüdischer Menschen verletzt haben, möchte ich mich bei diesen entschuldigen.“ Aber zum Aufstand der Demokraten aufzurufen, wie das Paul Spiegel getan und damit bedeutet habe, die Freien Demokraten seien keine Demokraten, das sei seine unerträgliche Bemerkung.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wandte sich persönlich an Möllemann, indem er sagte: „Wenn ich erlebe und wahrnehme, wie Sie jetzt anhand einzelner Zitate arbeiten, dann wird mir klar, dass Sie sich verrannt haben. Es geht in dieser Situation nicht um die Freie Demokratische Partei. Es geht um Sie und Ihr Verhalten.“ Möllemann solle jetzt für Klarheit sorgen und rechtspopulistischen Strömungen eine Absage erteilen. Alle sollten sich zurück auf den Weg des demokratischen Grundkonsenses begeben. Wenn der in Frage gestellt werde, dann geschehe das nicht durch Missverständnisse, sondern „offenbar durch bewusstes politisches Kalkül“. Von der Beliebigkeit einer solchen Inszenierung sei es nur ein kleiner Schritt in die Verdrängung und in die historische Bewusstlosigkeit. Deutschland habe eine besondere Verantwortung gegenüber Israel; Kritik sei zwar erlaubt, aber dabei komme es sehr auf die Untertöne und die Assoziationen an, die geweckt werden, betonte der Ministerpräsident.



Edgar Moron (SPD)



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)



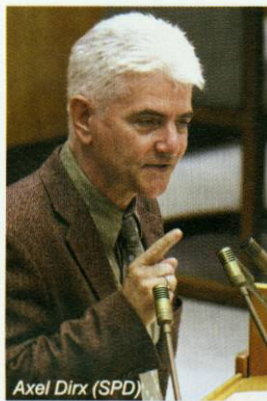
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Wolfgang Clement (SPD)
Fotos: Schälte

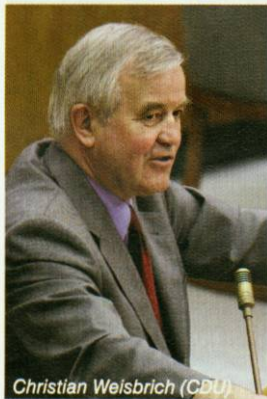
Klare Fronten zwischen Regierungskoalition und Opposition in der Frage des Tariftreuegesetzes

SPD-Landtagsfraktion beantragt Aktuelle Stunde am Tag der Bundesratsberatung



Axel Dirx (SPD)

Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Tariftreuegesetz im Bund – die unionsregierten Bundesländer hatten zu erkennen gegeben, dass sie dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zustimmen würden – hat der Landtag NRW am 7. Juni auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde durchgeführt. Thema „Tariftreuegesetz ist notwendig, denn es schafft fairen Wettbewerb“. Dabei wurden deutliche Auffassungsunterschiede zwischen Opposition und Regierungslager deutlich.



Christian Weisbrich (CDU)

Rainer Schmeltzer (SPD) nannte als Grund für das Tariftreuegesetz, es solle die Arbeitnehmer schützen, indem es weitere Arbeitslosigkeit verhindere und die Sozialkassen nicht weiter belaste. Wenn die Union dagegen sei, dann nur, um zu Lasten von Hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Macht zu beweisen und um auf die veränderten Machtverhältnisse im Bundesrat aufmerksam zu machen. Es sei Aufgabe des Staates, die Autorität von Tarifverträgen zu schützen; Tarifverträge verhinderten nicht, sondern ermöglichten fairen Wettbewerb. Sich gegen Tariftreue zu wenden, sei „schäbig und sozial verantwortlich“.



Christof Rasche (FDP)

Christian Weisbrich (CDU) sah die Union froh darüber, dass dieses „mit heißer Nadel und nicht gerade vom Verstand gesteuerte Gesetz“ vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss verwiesen werde. Die SPD sollte darüber froh sein, sonst wäre über dies Gesetz ein Eingriff in die Tarifautonomie und in die europarechtlich garantierte Dienstleistungsfreiheit erfolgt. Das Gesetz sei nicht haltbar, weil damit weder die strukturellen Probleme noch das Problem der illegalen Beschäftigung auf dem Bau zu lösen seien. Dort brauche man vor allem mehr Aufträge und eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik.



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP) stritt ab, das Tariftreuegesetz schaffe fairen Wettbewerb, „tatsächlich handelt es sich um ein Gesetz, das den Wettbewerb gezielt unterdrückt, zu Lasten der Steuerzahler, Verbraucher und Arbeitsplätze in Deutschland“. Es sei ein Gesetz gegen die Bürger des Landes, stellte er fest und nannte dafür zehn Punkte, darunter, dass die Bauwirtschaft weiter unter Druck gesetzt werde, weil kleine und finanzschwache Unternehmen, die zur Zahlung von Tariflöhnen nicht in der Lage seien, von Ausschreibungen ausgeschlossen würden. Im Verkehrsbereich sei das Gesetz dazu da, „um gewerkschaftliche Sonderinteressen zu befriedigen“.



Minister Schwanhold (SPD)
Fotos: Schälte

Barbara Steffens (GRÜNE) verlangte unter Hinweis auf unterschiedliche Landesgesetze eine bundesweit einheitliche Regelung, die die Entwicklung schrittweise an das volle Tarifniveau binde. Die GRÜNEN hätten gern mehr festgeschrieben, etwa die Punkte Frauenförderung, Verankerung der Ausbildungsverantwortung der Unternehmen und ein Korruptionsregister.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) nannte als Ziel des Gesetzes, das System der Tarifverträge als Grundlage des deutschen Arbeitsmarktes zu sichern. Sie seien für den Arbeitnehmer die Garantie eines angemessenen Einkommensniveaus und eines ausreichenden sozialen Schutzes für ihn und seine Familie. Schwanhold: „Die tarifvertragliche Ordnung des deutschen Arbeitsmarktes war über Jahrzehnte die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges der deutschen Wirtschaft.“

Hermann-Josef Arentz (CDU) machte darauf aufmerksam, die Schwierigkeiten im Baubereich seien auch darauf zurückzuführen, dass öffentliche Auftraggeber wie das Land NRW zum Beispiel im Haushalt die Investitionsquote „auf ein historisches Rekordtief“ herunter gefahren hätten: Das habe „massenhaft“ Arbeitsplätze am Bau vernichtet. Diese Massenarbeitslosigkeit am Bau sei die Kehrseite eines Investitionsstaus von vier Milliarden Euro, betonte er. Wer wirklich Tariftreue wolle, der müsse dieses Gesetz ablehnen, „denn es würde bei der ersten Klage in sich zusammenfallen“. Kurz: „Sie haben im Bundestag ein Tariftreuegesetz verabschiedet, das mehr Flöhe hat als jeder Straßenkötter, der herumläuft.“

Axel Dirx (SPD) meinte, wer gegen das Gesetz sei, der solle das sagen und nicht wie die Union so tun, dass man im Vermittlungsausschuss Verbesserungen erreichen wolle. Sonst passiere es weiter, dass über Briefkastenfirmen durch Lohndumping aus dem Osten versucht werde, Arbeitsplätze im Westen zu gefährden. Die Einigung im Tarifstreit des Baugewerbes sei daran gescheitert, dass die ostdeutschen Firmen ihren Kostenvorteil bei den Löhnen weiter erhalten wollten, um ihn bei Ausschreibungen auf westlichen Baustellen auszuspielen.

Christof Rasche (FDP) fragte die Koalitionsfraktionen, ob sie Wettbewerb durch bürokratische Regelungen unterlaufen wollten. Wettbewerbsbeschränkungen aber müssten weg, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Das Tariftreuegesetz verhindere aber möglichen und gewünschten Wettbewerb, denn die Verankerung des Tarifzwangs bei öffentlichen Aufträgen benachteilige das private Omnibus- und Verkehrsgewerbe und die ostdeutschen Bauunternehmen. Außerdem sei das Gesetz verfassungs- und europarechtlich „mehr als bedenklich“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fand, niemand könne bezweifeln, dass es nötig sei, die öffentliche Auftragsvergabe gesetzlich zu regeln. Das hätten auch schon einige unionsregierte Bundesländer wie Bayern eingesehen. Wenn aber sich dessen Ministerpräsident im Bundesrat gegen das Bundesgesetz stelle, dann treibe er damit „wahltaktische Spielchen“. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs brauche man das Gesetz, um zu verhindern, dass hier derselbe ruinöse Wettbewerb ablaufe, den man schon in der Bauwirtschaft erlebt habe.

Aktuelle Stunde zum Gift-Skandal

Nach Nitrofen-Funden in Öko-Lebensmitteln Kontrollen und Meldepflichten ausweiten

Die FDP- und die GRÜNE-Fraktion hatten als Themen für Aktuelle Stunden formuliert: „Verbrauchergefährdung in NRW auch durch Öko-Produkte?“ und „Bessere Verbraucherinformation als Konsequenz aus den Nitrofen-Funden“. Der Landtag debattierte darüber in einer verbundenen Aussprache am 5. Juni.

Felix Becker (FDP) erklärte, Nitrofen habe die grüne Öko- und Bioglückseligkeit abrupt beendet. Das Biosiegel habe seine Unschuld verloren, das Verbrauchervertrauen sei schwer beschädigt. Die Schuld daran treffe nicht den Ökolandbau, den die FDP befürworte. Die Ministerin solle die Krise lückenlos auch gegen ihre Bio- und Ökobbyyisten aufklären.

Reiner Priggen (GRÜNE) hielt es für nicht nachvollziehbar, dass Giftlager der ehemaligen DDR als Getreidelager genutzt werden könnten. Der andere Skandal sei das mangelhafte Vorgehen nach Auftauchen der ersten Nitrofen-Funde im November 2001. Das alte Kartell des Vertuschens habe versucht, diese zu verschweigen. Als Verbraucher erwarte er den Schutz vor Krebs erregenden Stoffen, auch bei Importprodukten.

Dr. Georg Scholz (SPD) stellte fest, zum ersten Mal sei das Öko-Siegel von einer Vertrauenskrise betroffen. Der Verbraucher habe Anspruch auf gesunde Lebensmittel. Auch Ökoprodukte bedürften konsequenter Kontrolle, wie sie das neue Ökolandbaugesetz vorsehe. Verbraucher müssten frühzeitig über Verstöße informiert werden. An der Aufklärung müssten sich alle Beteiligten aktiv beteiligen. Die größte Strafe für Betrüger wäre, wenn die Verbraucher wüssten, welche Firmen sie schädigten.

Eckhard Uhlenberg (CDU) sah den Nitrofen-Skandal als Beweis, dass die Bundesverbraucherministerin Künast ihr Haus nicht im Griff habe. Sie habe den gesamten Berufsstand der Landwirte und den Verband an den Pranger gestellt. Das sei ein Skandal. Ihre Aussage „Wo Bio drauf steht, ist auch Bio drin“ halte den Fakten nicht stand. Ihr Verbraucherinformationsgesetz sei eine Mogelpackung. Es fehle die Meldepflicht von Unternehmen an Behörden. Die Union habe die Lücken erkannt und wolle bessere Information für Verbraucher. Die Ideologie in der Agrarpolitik müsse zurückgeschraubt werden.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) widersprach dem FDP-Redner und berichtete, Ministerin Künast und die Länder hätten nach einem unkonkreten Hinweis sofort reagiert. In NRW seien inzwischen zehn Betriebe gesperrt. Von diesen gingen keine Lebensmittel mehr heraus. Ohne Grund dürften auch Beschäftigte der Behörden nicht verdächtigt werden, Informationen nicht weitergegeben zu haben. Zwei Monate zu spät zwar werde versucht, den Schaden zu minimieren. Aber das sei nicht Schuld des Staats. Wirtschaftsunternehmen hätten nicht verantwortungsvoll gehandelt und auch Gesetze übertreten. Der Nitrofen-Skandal sei durch freiwillige zusätzliche Kontrollen im Ökolandbau aufgedeckt worden. Konsequenz daraus habe eine gute Zusammenarbeit von staatlicher

und privater Kontrolle zu sein. Für verbotene Substanzen in Lebensmitteln müsse es Meldepflichten geben. Auch das Futtermittelrecht müsse verschärft werden.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) fragte, warum private Institute zuerst Alarm geschlagen hätten und Behörden so lange ahnungslos gewesen seien, und verwies auf Lücken im Verbraucherinformationsgesetz (des Bundes) sowie auf Draufsatteln durch NRW im Bundesrat. NRW fordere dort den Anspruch auf Verbraucherinformation auch über Produktionsprozesse, was Unternehmensrechte verletzen würde. Der Redner trat für eine faire Gleichbehandlung von Ökoprodukten und konventioneller Landwirtschaft ein.

Friedhelm Ortgies (CDU) warf der Ministerin vor, infame Vorwürfe der Kollegin Künast gegen die konventionelle Landwirtschaft nicht zurückgewiesen zu haben. In Mecklenburg hätten die Behörden versagt. Aber es sei auch falsch, Öko-Produkte mit Gewalt nach oben zu puschen, etwa auf 20 Prozent in wenigen Jahren. Den Skandal dem Bauernverband in die Schuhe zu schieben, beleidige alle Bauern. Der Heiligenschein über der ganzen Bio-Branche sei verschwunden.

Reiner Priggen (GRÜNE) führte aus, die örtlichen Genossenschaften seien unverantwortlich vorgegangen, als nach Bekanntwerden der Nitrofenbelastung noch Futtermittel an Betriebe in NRW ausgeliefert worden seien. Schuldige müssten zur Verantwortung gezogen und Meldepflichten erweitert werden. Auch müsse es mehr Transparenz über die gesamte Nahrungskette geben.

Irmgard Schmid (SPD) hielt es für erschütternd, dass ahnungslose Verbraucher monatelang gesundheitsgefährdende Lebensmittel im Öko-Bereich verzehrt hätten und dass hundert seriöse Ökobetriebe in Existenznot gebracht worden seien. Die SPD fordere auch Sanktionen für wesentliches Fehlverhalten. Der Einstieg von Bioeiern in Supermärkte zeige die Versuche, mit Ökoprodukten schnelles Geld zu verdienen. So genannte Agrarfabriken werde es auch in diesem Bereich geben. Im Agrarausschuss seien noch viele Fragen zu klären.

Ministerin Höhn (GRÜNE) erkannte viele Fehler, auch bei Öko-Verbänden, die den Skandal jedoch aufgedeckt hätten.

Eckhard Uhlenberg (CDU) hielt ihr vor, die Kulmbacher Bundesanstalt sei bereits im März informiert worden. Rotgrün habe erst die konventionellen Betriebe beschimpft und bringe jetzt Öko-Betriebe in Existenznot.

Ministerin Höhn stellte klar, die Bundesanstalt habe von der Futtermittelfirma einen Untersuchungsauftrag unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erhalten und geringe Werte ermittelt.



Felix Becker (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)



Dr. Georg Scholz (SPD)



Eckhard Uhlenberg (CDU)

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE)
Fotos: Schäfer

Haushaltssperre führte zum Schlagabtausch über Berliner Steuerreform

Steinbrück: NRW macht neue Schulden, ist aber nicht pleite

Die Behauptung „Haushaltssperre und Steuerschätzung zeigen: NRW ist pleite!“ der CDU-Fraktion war Thema einer Aktuellen Stunde, über das der Landtag am 6. Juni debattierte.

Helmut Diegel (CDU) warf dem Finanzminister vor, schon beim Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 ungeheure Steuerausfälle verschwiegen zu haben. „Rosstäuscher Steinbrück“ wolle ein Haushaltsloch von 1,9 Milliarden Euro mit einer Haushaltssperre auffangen. Die CDU halte den Haushalt für verfassungswidrig.

Ernst-Martin Walsken (SPD) antwortete, die CDU trage jedes Jahr vor, das Land sei pleite und der Haushalt nicht in Ordnung. Tatsächlich zahle NRW kräftig in den Finanzausgleich. Zwar hinke das Ruhrgebiet hinter dem Wachstum her. Es werde aber durch Investitionen und den Metrorapid einen kräftigen Schub erfahren. Steuermindereinnahmen und Konjunkturreinbruch zwängen zu Einschnitten.

Angela Freimuth (FDP) hielt die Haushaltssperre für einen Offenbarungseid der Landesregierung und die Steuerreform der Bundesregierung für völlig missglückt. Die FDP wolle mehr Geld

bei den Bürgern und weniger Staat. Der Schuldenberg in Höhe des 1,8-fachen Haushaltsvolumens sei unerträglich.

Edith Müller (GRÜNE), versprach effiziente Umsetzung der Haushaltssperre und sah Neuverschuldung als unvermeidlich an. Durch die Steuerreform seien 0,5 Prozent Wachstum und 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Kleinverdiener seien deutlich entlastet worden.

Manfred Palmén (CDU) stellte dagegen fest, die Bürger hätten acht Milliarden Euro bekommen, die ihnen aber über Ökosteuer, Krankenkassenbeiträge und anderes wieder weggenommen worden seien. Jede Sekunde müsse NRW 150 Euro Schuldzinsen zahlen. Städte und Gemeinden müssten in diesem Jahr mit dem Verlust von 450 Millionen und im Jahr 2003 mit 1,34 Milliarden Euro Mindereinnahmen rechnen.

Erwin Siekmann (SPD) sagte, mit dem Schlechtreden des Landes schade die Opposition dem Ruhrgebiet und trage zu schlechtem Ranking bei. Ein Nachtragshaushalt statt der Haushaltssperre hätte Einsparungen verzögert. Alle staatlichen Ebenen müssten gemeinsam die Kraft zum Schuldenabbau und zur Finanzierung der Pensionslasten aufbringen.

Dr. Ingo Wolf (FDP) forderte den Finanzminister auf, Ausgaben durch Personalabbau zu senken und Bürokratie abzubauen. Spielwiesen könnten nicht aufrechterhalten werden. Der Minister solle das Streichen anpacken.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wies auf eine Haushaltssperre auch in Hessen und die sehr hohe Steuerkraft von NRW hin. Der Haushalt sei verfassungsgemäß, das werde das Gericht befinden. Die Steuervorschläge der Opposition würden die öffentlichen Haushalte weiter plündern.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) beklagte ständig wiederholte Vorwürfe der CDU, er trickse und täusche, und verteidigte die Steuerschätzung durch Fachleute aus allen Ländern. Auch CDU-geführte Länder hätten ihre Haushalte gesperrt. NRW sei nicht pleite, sagte Steinbrück und bat die CDU um mehr sprachliche Vorsicht im Hinblick auf internationale Finanzmärkte und das Ansehen des Landes. Für das Jahr 2002 wirkten die Sondereffekte der Steuerreform positiv. Keine Haushaltssperre solle beim Programm „Geld statt Stellen“ und bei Fortbildung wirken. Eine Ausnahme gelte auch für Polizeianwärter. Erstaunlich sei eine Ausgabenminderung um 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2001 gegenüber dem Soll. Noch vor der Sommerpause werde er einen verfassungskonformen Haushaltsentwurf 2003 vorlegen. Der Minister schloss mit dem Eingeständnis, NRW habe über seine Verhältnisse gelebt. Es könne nicht so weitergehen wie bisher.

Dr. Helmut Linssen (CDU), sagte zur Steuerreform, den Konzernen habe Rot-Grün Erleichterungen verschafft und müsse jetzt über die Haushaltssperre „jedem kleinen Mann in NRW“ das Geld wegnehmen. Die CDU werde den Fehler in Berlin bei der Körperschaftsteuer rückgängig machen. Die Zustimmung von NRW habe dem Land geschadet. Die Sparprozesse müsse die Landesregierung als Folgen ihrer Neuverschuldung allein tragen.

Michael Groschek (SPD) bezeichnete die Arbeitnehmerhaushalte als Gewinner der Steuerreform mit durchschnittlich 1884 Euro netto mehr im Jahr. Die Netto-Neuverschuldung werde bis 2006 eine schwarze Null haben. Die Luftbuchungen der CDU bei Haushaltsberatungen und der Stufentarif der FDP seien unsolid und keine Alternative.



Aktuelle Themen der Landespolitik waren Gegenstand des Gesprächs, das Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Bildmitte links) mit dem journalistischen Nachwuchs des Landes, hier Volontären der Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung aus Essen in Begleitung des stellvertretenden Chefredakteurs Dieter Schneider (hinter Schmidt auf dem Bild) geführt hat. Dabei ging es von der geplanten neuen Diätenregelung über das Abgeordnetengesetz bis hin zu den Aufgaben, die der Landtagspräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes wahrzunehmen hat. Der Präsident empfängt regelmäßig Nachwuchsredakteure, um das Parlament und seine Arbeit transparenter zu machen. Mit auf dem Foto die Pressesprecherin des Landtags, Stephanie Hajdamowicz (2. v. r.) und der persönliche Referent des Landtagspräsidenten, Dr. Rolf Mützenich (3. v. r.).
Foto: Schälte

Alte Kathedralen der Arbeit werden zu Stätten kultureller Großereignisse

Kulturausschuss informiert sich über Orte der RuhrTriennale

Der Kulturausschuss hat sich Ende Mai eine Reihe von Spielorten für die RuhrTriennale angesehen. Unter Leitung der Ausschussvorsitzenden Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) ging es in den Landschaftspark Duisburg-Meiderich, zur Maschinenhalle der ehemaligen Zeche Zweckel in Gladbeck, nächste Station war die Kokerei Zollverein in Essen, bevor die Reise in der Bochumer Jahrhunderthalle ihre letzte Station fand. Höhepunkt war das Gespräch mit Gérard Mortier, dem Intendanten der ersten dreijährigen RuhrTriennale, das in der Mischanlage der Kokerei Zollverein stattfand.

Vor Ort ließen sich die Ausschussmitglieder von den Architekten und Planern über den Stand informieren, den der Umbau der alten Industrieanlagen zu Orten der Musik, des Tanzes und des Theaters für ein großes Publikum inzwischen erreicht hat. Die Zeit drängt: Ende August beginnt das umfangreiche und ehrgeizige kulturelle Programm in einer Region, die von Aufbau, Blüte und Niedergang einer ganzen Industrie geprägt worden ist.

An 14 Orten zwischen Duisburg und Dortmund wird internationale Spitzenkunst zu erleben sein. Die erste Saison zählt 23 Produktionen, 83 Veranstaltungen vermerkt das Programmheft. 47 000 Karten stehen bis Mitte Oktober diesen Jahres zur Verfügung, darunter ist immer auch ein Kontingent, das nur 10 Euro kostet.

Mortier betont die überörtliche, europäische Dimension des Festivals. Zum einen will er Zuschauer gewinnen, die es sich vorstellen können, für eine Veranstaltung der RuhrTriennale aus Berlin oder Brüssel anzureisen. Dem Ruhrgebiet will er eine „kulturelle Stimme“ in den zusammenwachsenden europäischen Ballungsräumen geben. Er will auf dem Gebiet der Kultur (endlich) das nachvollziehen, wofür der Montanstand-

ort im Herzen Deutschlands mit dem Abkommen für Kohle und Stahl den Grundstein gelegt hat, die europäische Einigung. Durch die Zusammenarbeit mit den im Revier angesiedelten Theatern, Opernhäusern und Kultureinrichtungen der freien Szene — diese brachte die Ausschussvorsitzende Düttmann-Braun ins Spiel — will er gegenseitigen Austausch und Synergieeffekte erreichen.

Eine andere Anregung gab Manfred Böcker (SPD). Das Ruhrgebiet, so der Abgeordnete, sei nicht die einzige europäische Region, die Abschied von einer Industrie genommen habe. Hier würden beispielhaft ehemalige Industriebauten für eine neue Nutzung umgestaltet — das sollte man dokumentieren und im Rahmen einer Wanderausstellung durch Europa schicken.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) regte einen dichteren Informationsfluss zu den Politikerinnen und Politikern an: Nur informiert seien sie am besten in der Lage, vor Ort — auch kritische — Fragen nach Aufwand und Zielen der RuhrTriennale zu beantworten. Der zuständige Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) lobte den Ausschuss: Das Gremium habe das Vorhaben von Anfang an sehr positiv begleitet.



Jahrhunderthalle Bochum



Gebläsehalle Meiderich

Atemberaubend die Wandlung, die die alten, zum Teil denkmalgeschützten Bauwerke der Revierindustrie derzeit mitmachen: Die Jahrhunderthalle in Bochum (rechts oben) war jahrzehntelang die Gaszentrale des Bochumer Vereins, jetzt wird sie durch Um- und Anbauten zur „Montagehalle für Kunst“. Die Dampfgebläsehalle im 1985 stillgelegten Hüttenwerk Duisburg-Meiderich — heute fragt man am besten nach dem Landschaftspark Duisburg Nord, um zu dem einzigartigen Erlebnisraum zu gelangen — wird durch einen „Tisch“ über dem erhaltenen Maschinenpark Anfang September zum Spielort für eine der grausamsten Tragödien der europäischen Theaterliteratur, den „Bakchen“ von Euripides. — Der Leiter der Festspiele, Gérard Mortier (stehend auf dem Bild rechts) erläutert sein Konzept für die ersten drei Jahre der RuhrTriennale in der Kokerei Zollverein. Mit auf dem Bild (v. l.): Richard Blömer und Ausschussvorsitzende Dr. Renate Düttmann-Braun (beide CDU), Manfred Böcker (SPD), Triennale-Geschäftsführer Peter Landmann; mit dem Rücken zur Kamera Brigitte Capune-Kitka (FDP), Claudia Nell-Paul und Gabriele Gorcitza (beide SPD) sowie Michael Solf und Gisela Hinnemann (beide CDU). Fotos: Schälte



Patientinnen und Angehörige fühlen sich im Zentrum gut aufgehoben

Eine Delegation der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ hat in Duisburg im Brustzentrum des Evangelischen Krankenhauses Bethesda Einblick in die Arbeit dieses Zentrums gewonnen. Dabei stand die Sicht der Patientinnen im Vordergrund. Sie wiesen darauf hin, dass es sich bei dem Angebot des Krankenhauses um eine frauengerechte Versorgung handelt: Es geht dabei um die integrierte Versorgung, das heißt ambulant, stationär und Nachsorge sind in einer Versorgungskette eng miteinander verflochten und aufeinander abgestimmt. Schnittstellen-Probleme werden vermieden. Von Anfang an wird für die psychosoziale Seite der Krebs-Erkrankung und Bewältigung bei der Versorgung durch psychotherapeutisch ausgebildete Onkologinnen gesorgt. Sie wird von den Brustkrebspatientinnen sehr gut angenommen, so die Erfahrung der Duisburger Ärzte.

Die Vorsitzende der Enquetekommission, Marianne Hürten (GRÜNE), stellte bei dem Besuch Arbeit und Themenspektrum der Enquetekommission vor. Sie bedankte sich für die Einladung und ebenso für die vielen persönlichen Schreiben der Betroffenen. Sie betonte, dass das Thema Brustkrebs bei der Enquetekommission auf der Tagesordnung stehen wird. Im Bethesda-Krankenhaus sei eine gute Versorgungspraxis entwickelt worden, die durch die fehlende Verlängerung der ambulanten Tätigkeiten im Krankenhaus durch die Kasenärztliche Vereinigung Nordrhein bedroht sei. Deshalb wolle die Enquetekommission das Angebot des Bethesda-Krankenhauses — auch aus der Sicht der Patientinnen — kennen lernen.

Professor Dr. Werner stellte das Konzept einer patientinnengerechten Gesundheitsversorgung von Brustkrebs-Patientinnen im Bethesda-Krankenhaus vor. Unter der Zielstellung des integrativen Handelns würden der Aufbau und die Weiterentwicklung von Vernetzungsstrukturen gesehen. Bei allem würden die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation als weitere Zielstellung verfolgt, es würden also Studien und Fallbeispiele sowie ein regionales Krebsregister entwickelt.

Nachsorge

Die Brustkrebsversorgung im Bethesda-Krankenhaus zeigt in ihren Ergebnissen, dass die patientinnenorientierte Diagnostik und Therapie den Gesundungsprozess fördern und Leid lindern hilft. Die psychosoziale Begleitung trägt zur psychischen Stabilisierung während des gesamten Genesungsprozesses bei. Eine während des stationären Aufenthalts begonnene psycho-onkologische und psychosoziale Betreuung wird nahtlos ambulant weitergeführt. Neben einer optimalen Diagnostik und qualitätsorientierten Operation kann so auch die gesicherte medizinische Nachbehandlung und Nachsorge angeboten werden.

Darüber hinaus stellt das Psychosoziale Zentrum Angebote der Psycho-Onkolo-



gie, also psychotherapeutische und psychosoziale Hilfen für den gesamten Krankheitsverlauf zur Verfügung. Auch die Arbeit mit Angehörigen wird angeboten. Hier werden Begleitung bei der Diagnosestellung sowie Krisenintervention angeboten. Damit kann die Akzeptanz der veränderten Lebenssituation sowie eine Verbesserung des Verständnisses der Erkrankung und Therapie erhöht werden. Damit werden die Selbstheilungskräfte, das Selbstvertrauen und die Autonomie der Patientinnen gestärkt. Eigene Kraftquellen, Veränderungen des Lebensstils und Wiedererlangen von Lebensfreude helfen bei seelischen Krisen und geben Unterstützung bei der Verarbeitung von Trauer.

Auch zu den niedergelassenen, einweisenden Ärzten sind die Kontakte gut etabliert, sodass im Bethesda-Krankenhaus ein umsetzungsfähiger, integrierter Ansatz für die Mitgliedschaft im Westdeutschen-Brust-Centrum vorhanden ist. Die Arbeit des Brustzentrums und des psychosozialen Zentrums ist vernetzt mit niedergelassenen ÄrztInnen, PsychotherapeutInnen, SchmerztherapeutInnen, Kliniken und Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen, ambulanten Pflegediensten, der Ernährungsberatung, Sportvereinen, der Seelsorge, Selbsthil-

fegruppen, dem Verein „Aktiv gegen Krebs“, der Gesellschaft für Naturheilverfahren bei Krebserkrankungen, Laienkongressen für Patientinnen und Patienten sowie Palliativstationen und Hospizdiensten.

Es folgte eine rege Diskussion mit den anwesenden Patientinnen und ihren Angehörigen. Dabei hoben sie hervor, wie gut es getan habe, mit gleichermaßen Betroffenen zusammentreffen zu können. Frauen in den unterschiedlichen Phasen der Krankheitsstadien hätten sich kennen gelernt und miteinander ausgetauscht. So lasse sich vieles besser verstehen; nicht zu vergessen sei auch über hilfreiche Bewältigungsstrategien. In einer ambulanten Tumor-Praxis würde ihnen das alles vorenthalten bleiben, da sie dort mit sämtlichen anderen Krebspatienten zusammenkommen, eben nicht nur Brustkrebspatientinnen. Frauen mit Brustkrebs benötigen für ihre Krankheitsbewältigung ein besonderes Klima, denn Brustkrebs beinhaltet für viele Frauen einen Angriff auf ihre Weiblichkeit. Daher empfinden Patientinnen es als elementar wichtig, mit Betroffenen zusammenkommen zu können.

Andere Patientinnen teilten mit, welche Erfahrungen sie in der Zwischenzeit mit anderen Angeboten in der Region gemacht haben, seit sie nicht mehr auf das integrierte Angebot in Bethesda zurückgreifen konnten. Die Vergleiche fallen allesamt positiv für des Krankenhaus Bethesda und negativ für die anderen Anbieter aus. Auch Angehörige, die ihre betroffenen Frauen begleiten, schließen sich diesem Tenor an: sie sind von Anfang an in die therapeutische Kette mit eingebunden und werden im Verlauf der Krankheit ihrer Frau als Unterstützung benötigt. Sie selber erführen allerdings auch Unterstützung,

Vernetzung

unter anderem durch Gruppenangebote für Angehörige.

Die Mitglieder der Enquetekommission äußern ihr Unverständnis darüber, dass das integrierte Versorgungsangebot, das u. a. auch im Sachverständigenrat-Gutachten zur Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit (Gutachten 2000/01) in der Brustkrebsversorgung eingefordert wird, in seiner hier gewachsenen und entwickelten Struktur nicht weitergeführt werden soll. Die Anregungen des Besuches im Brustzentrum werden bei der weiteren Arbeit wichtige Impulse geben und in die Überlegungen und Empfehlungen der Enquetekommission Eingang finden.

Brigitte Stumm/Regina Jürgens

Landesjustizvollzugsämter:

Pläne zur Zusammenlegung im Expertenstreit

Im Rahmen seiner Sitzung Ende Mai hat der Rechtsausschuss unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Robert Orth (FDP) Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung eines Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsamtsgesetz, Drs. 13/1846) angehört.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD), Klaus Jäkel, machte unter Hinweis auf die umfangreiche schriftliche Stellungnahme seines Verbandes nur zu einigen Punkten kurze Anmerkungen. Bei Zusammenlegung der beiden derzeit bestehenden Justizvollzugsämter Rheinland und Westfalen-Lippe zu einem einzigen Landesjustizvollzugsamt mit Sitz in Wuppertal würden die Fahrtkosten zu Besprechungen oder für das

wenig Personal eingespart werden können, es sei denn, bisherige Aufgaben der Aufsichtsbehörden würden auf die einzelnen Justizvollzugsanstalten verlagert werden. Die Einsparmöglichkeiten im Personalbereich würden zu einer Verringerung der Überwachungs- und Betreuungsaufgaben führen und damit zu einer Qualitätsverschlechterung. Personalumschichtungen seien dagegen aber möglich. Er befürchte, dass aufgrund der Situation, die durch die Zentralisierung des Landesjustizvollzugsamtes entstehe, der Leiter der Behörde nicht mehr im notwendigen Maß vor Ort in den Anstalten sein könne. Langfristig sei denkbar, ganz auf die Mittelbehörde zu verzichten.

Gertrud Schiewe als Sprecherin der Fachkommission Strafvollzug NRW der Gewerkschaft ver.di appellierte an die Abgeordneten, mit Hilfe der Anhörung zu einer Entscheidung zu kommen: „Es ist unerträglich, die Mitarbeiter der Ämter im Unklaren zu lassen“, betonte sie nachdrücklich. Der Souverän müsse jetzt entscheiden. Die Planungsunsicherheit, die jetzt bestehe, führe zu großem Missmut bei den Ämtern. Eine Entscheidung sei daher dringend geboten.

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats im Justizministerium NRW, Paul Thater,

an: „Den Letzten beißen die Hunde.“ Die Vollzugsanstalten seien die Hauptbetroffenen und liefen immer Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Auch er plädierte für eine Beibehaltung der Mittelinstanz. Den Entschluss zur Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter zum jetzigen Zeitpunkt bedauere er. Dies sei kein Meilenstein auf dem Weg zur Verwaltungsmodernisierung im Justizvollzug, sondern eher ein Hemmschuh. Vorteile bei der Konzentrierung auf ein Landesjustizvollzugsamt vermöge er nicht zu sehen. Die Beibehaltung beider Ämter bedeute auch eine größere Nähe zu den Anstalten.

Wolfgang Zander erklärte, er spreche als freier Unternehmensberater. Ein Amt sei sowohl wirtschaftlicher als auch effektiver als zwei Ämter. Zwei Fachbehörden neigten dazu, sich zu verselbstständigen. Ein Amt mit klarer Organisation und Aufgabenstellung sei auf jeden Fall effektiver. Er sei enttäuscht von der vorgesehenen Personaleinsparung. Wenn man aus zwei Ämtern eines mache, müsste es mehr Personaleinsparungen geben als im Gesetzentwurf vorgesehen. Man sollte einen Standort für die Behörde wählen, der schon andere Justizeinrichtungen beherberge. Der Koordinie-

Erreichbarkeit

Aufsuchen der Ortsbehörden steigen. Außerdem liege der vorgesehene Standort eher an der Peripherie. Ein Standort mit einer verkehrsmäßig günstigeren Erreichbarkeit wäre daher besser. Auch gebe es keine wesentlichen personellen Gewinne gegenüber dem derzeitigen Zustand. Er appelliere daher an den Ausschuss, sich zu überlegen, „ob wir nicht noch vier Jahre mit der Umsetzung warten können“.

Dr. Ulrich Kamann (Neue Richtervereinigung) stellte fest, in einem großen Bundesland wie NRW habe eine solche Mittelbehörde sicher ihren Sinn. Die Einrichtung einer zentralen Mittelbehörde habe aus seiner Sicht Vorteile. Schwierigkeiten seien in der Anlaufphase aber nicht auszuschließen. Eine große Verunsicherung der Bediensteten werde aber seiner Meinung nach nicht eintreten, da sie wüssten, dass eine Zusammenlegung kommen werde. Bei einer möglichen Privatisierung von Aufgaben der Behörde sollte aber sehr vorsichtig vorgegangen werden.

Der ehemalige Präsident des Justizvollzugsamtes Rheinland, Dr. Klaus Koepsel, machte ebenfalls deutlich, eine nennenswerte Ersparnis durch die Schaffung einer zentralen Mittelbehörde werde es nicht geben. Für viele Dienstreisen müssten dann größere Entfernungen zurückgelegt werden. Auch werde nur



*Das Halbrund der Expertin und der Experten zum Thema Landesjustizvollzugsamt (von vorne): Klaus Jäkel, Dr. Ulrich Kamann, Dr. Klaus Koepsel, Gertrud Schiewe, Paul Thater, Wolfgang Wermke und Wolfgang Zander.
Foto: Schälte*

betonte, auf eine Mittelbehörde könne nicht verzichtet werden. Auch könnten Aufgaben nicht privatisiert werden. Bisher habe die Justiz mit sehr knappen Mitteln leben müssen. Bei der Diskussion komme der „Faktor Mensch“ zu kurz. Wenn es keine nennenswerten Einsparungen gebe, solle der Zustand zunächst so bleiben, wie er ist. Beide Vollzugsämter hätten sich sehr bewährt. Er stellte die Frage: „Warum soll Bewährtes zerschlagen werden?“

Als Leiter der Justizvollzugsanstalt Remscheid merkte Wolfgang Wermke

rungsaufwand im Justizministerium werde gegenüber zwei Behörden verringert. Entscheidend sei aber die Frage, wie dies alles umgesetzt werde. Wenn die Umsetzung „schlampig“ erfolge, dann werde die Umgestaltung auch nicht funktionieren. Es bedürfe einer klaren Aufgabenstellung, damit das Amt auch in der Außendarstellung klar erkannt werden könne. Die Schaffung eines zentralen Amtes ermögliche auch effektivere Entscheidungswege, weil es einfacher sei, die Richtlinien mit nur einem Amt abzustimmen.

Experten stellen Eine-Welt-Politik des Landes NRW auf den Prüfstand

Zu einem Expertengespräch über die Eine-Welt-Politik des Landes Nordrhein-Westfalen kam der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik am 27. Mai zusammen. Übereinstimmend wurde das Promotoren-Programm gelobt, dessen Ziel es ist, das Eine-Welt-Bewusstsein in der Gesellschaft zu stärken, über globale Zusammenhänge und individuelle Handlungsmöglichkeiten zu informieren und insbesondere auch lokale Agenda-Prozesse zu fördern. Insgesamt erhielt das Land für seine Arbeit sehr gute Noten.

Dr. Holger Dix (Konrad-Adenauer-Stiftung) kritisierte hinsichtlich des nach außen gerichteten Teils der Eine-Welt-Politik des Landes die Auswahl der Partnerländer. Diese scheine weitgehend ohne konzeptionelle und strategische Schwerpunktsetzung zu erfolgen. Bereits in den Leitlinien der Entwicklungspolitik von 1993 spreche sich die Landesregierung gegen eine Konzentration auf ein oder zwei Partnerländer aus. Den Vorteil einer Reduzierung der Partnerländer sehe er darin, dass Länderprogramme erstellt werden könnten, die auch den Nachweis der Wirkung der eingesetzten Mittel erleichtern würden. Angesichts von der Adenauer-Stiftung festgestellter erheblicher Defizite zum Afrika-Bild in den Medien und Schulbüchern könne er sich vorstellen, dass Journalisten und Verlage besondere Zielgruppen der Informations- und Bildungsarbeit der Eine-Welt-Politik werden können. Im Bereich der Förderung

ebenso integraler Bestandteil verantwortlicher Politik auf Länderebene sein müsse. Die Verpflichtungen, die Deutschland mit der Annahme der Agenda 21 im Jahr 1992 in Rio eingegangen sei, seien auch für die Länder politisch bindend. Nordrhein-Westfalen genieße in seinem Verband den Ruf, eine modellhafte und erfolgreiche Eine-Welt-Politik zu verfolgen, die vor allem bürgernahen Initiativen zugute komme. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW sei besser verankert als in anderen Bundesländern. Die Eine-Welt-Promotoren fördern durch ihre Arbeit zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Der hohe Stellenwert, der zivilgesellschaftlichem Engagement in NRW entgegengebracht werde, zeige sich auch in der Einrichtung des Eine-Welt-Beauftragten der Landesregierung. Durch die Zuweisungen an die Kommunen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgeset-

seien an die 1 000 Projekte verwirklicht worden. Auch gebe es einen regen Informations- und Besucheraustausch. Pro Jahr stünden etwa zwei Millionen Euro zur Verfügung, und von der aktuellen Haushaltssperre seien die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit ausdrücklich ausgenommen. Auch wenn über die Konzentration auf einen Partner besonders intensive persönliche Kontakte entstanden seien, so habe sich doch auch die politische Anfälligkeit dieses Konzeptes erwiesen. Voller Respekt sei sie für die Einrichtung der Eine-Welt-Promotoren und der Maßnahmen im Gemeindefinanzierungskonzept in Nordrhein-Westfalen.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Norbert Noisser (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) beschrieb als allgemeine Aufgaben der Entwicklungspolitik die Bekämpfung der Armut, die Gestaltung der Globalisierung und die Sicherung des Friedens. Entwicklungspolitik sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und er erinnerte an diesbezügliche Engagements der Ministerpräsidenten der deutschen Länder und ihrer Beschlüsse aus den Jahren 1962, 1977, 1988, 1994 und 1998. Aus Bundessicht sei es wichtig, dass die Länder ihre spezifischen Kompetenzen einbrächten. Bereits mit den entwicklungspolitischen Leitlinien aus dem Jahr 1993 und der Einrichtung des Ausschusses für Eine-Welt-Politik habe NRW gezeigt, dass es eine vorbildliche Entwicklungspolitik betreibe. Promotorenprogramm und Mittelzuweisungen seien im Ländervergleich einzigartig, und auch die Einrichtung des Eine-Welt-Beauftragten (ehemals Nord-Süd-Beauftragter) trage zu der positiven Beurteilung Nordrhein-Westfalens bei.

Dr. Uwe Werblow von der Europäischen Kommission unterstrich, dass Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Schutz der Ressourcen und der Umwelt und die Umsetzung der Vereinbarung von Rio wichtige Bausteine einer Nachhaltigkeitsstrategie seien. Es gebe die internationale, die nationale und die regionale und lokale Ebene, die sich dieser Themen annehmen. Als allgemeine Prinzipien einer erfolgreichen Entwicklungspolitik beschrieb er die Erzielung komparativer Vorteile, mehr Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) als Zusammenarbeit der Staaten sowie mehr Investitionen in Menschen als in Transferleistungen. Es gehe darum, verschiedene Akteure wie Städte und Gemeinden, Kirchen und Verbände, Universitäten und sonstige Bildungseinrichtungen und NRO mit den allgemeinen Zielen der Entwicklungspolitik in der Weise zu verbinden, dass die jeweiligen Akteure im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten effizient arbeiten.



In der ersten Reihe die Experten der Anhörung im Eine-Welt-Ausschuss des Landtags (v. l.): Reinhard Hermle, Carola Stein, Holger Dix und Norbert Noisser.

von Projekten in den Entwicklungsländern wünsche er sich für die Zukunft eine fachliche Konzentration in Abstimmung mit der Entwicklungszusammenarbeit der anderen Länder und des Bundes.

Dr. Reinhard Hermle (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) betonte, dass die Welt des 21. Jahrhunderts eine unteilbare Einheit geworden sei. Bundesländer und Kommunen seien wirtschaftlich, sozial, kulturell und ökologisch so eng mit der globalen Ebene verflochten, dass globale Politik heute nicht allein im Zuständigkeitsbereich des Bundes liege, sondern

zes werde die Eine-Welt-Arbeit auf kommunaler Ebene nicht nur eingefordert, sondern seit 1996 auch finanziell gefördert. Er halte keine Neuorientierung, sondern eine Stärkung und Fortführung der bisherigen Politik für sinnvoll. Haushaltskürzungen seien kontraproduktiv.

Dr. Carola Stein (Ministerium für Inneres und Sport in Rheinland-Pfalz) erläuterte die Erfahrungen, die das Land Rheinland-Pfalz mit der Konzentration auf ein Partnerland (Ruanda) gemacht habe. Die Partnerschaft sei 1982 begründet worden. Es gebe nunmehr 55 Partnerschaften auf lokaler Ebene und 225 Schulpartnerschaften. In den 20 Jahren

Haushaltsausschuss sichert EU-konforme Neuordnung von WestLB und Sparkassen

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) erklärte Finanzminister Peer Steinbrück am 6. Juni, die von seinem Haus vorgelegten Änderungsvorschläge zum Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in NRW (Vorlage 13/1461) seien vollinhaltlich mit der EU-Kommission und auf Bund-Länder-Ebene abgestimmt. Für die SPD-Fraktion plädierte Ernst-Martin Walsken dafür, die Änderungen in das Gesetzgebungsverfahren zu übernehmen. Manfred Palmen (CDU) erklärte, seine Fraktion werde sich erst in der nächsten Woche mit dem Gesetz befassen. Ein Vertreter des Landesrechnungshofs (LRH) äußerte, abweichend von der Meinung des Finanzministeriums halte der LRH die Prüfung der Investitionsbank NRW durch den LRH für notwendig. Die Änderungsvorschläge sind Ergebnis eines Expertengesprächs, das der HFA am 2. Mai durchgeführt hatte (Bericht in der vorigen Ausgabe).

Zwingende Vorgaben machte die Brüsseler Kommission zur Aufhebung der Gewährträgerhaftung und zum Ersetzen der Anstaltslast. Künftig werden aus dem Vermögen der WestLB Girozentrale die Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA), die Investitionsbank NRW, der Geschäftsbereich Öffentlicher Pfandbrief, der Anteil am Stammkapital der Investitionsbank Brandenburg, die Geschäftsanteile an der Landesentwicklungsgesellschaft NRW und die Spielbanken- und Lotteriebeteiligungen ab-

gespalten und als Gesamtheit auf die Landesbank NRW übertragen. Trotz der Bedenken der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung soll es bei der Fondslösung bleiben, die die Sparkassen- und Giroverbände ungeschmälert weiter betreiben wollen. Die grundsätzliche Verpflichtung der Sparkassen, zur Finanzierung der Schuldnerberatung beizutragen, ist im Gesetz verankert. Nicht geändert werden soll auch die lediglich beratende Teilnahme der

Hauptverwaltungsbeamten. Wegen der gegenwärtigen Fusionsbestrebungen werde die Zahl von Zweckverbandssparkassen mit einer Vielzahl von Hauptverwaltungsbeamten eher noch zunehmen, meint das Finanzministerium. Auf das Vorschlagsrecht der Sparkassenverbände für Fusionen über Nachbarschafts- und Kreisgrenzen hinweg könne verzichtet und das Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände hierzu könne befürwortet werden.

Der Landesrechnungshof begründet seinen Anspruch auf Prüfung der Landesbank NRW („Mutter“) damit, dass nach Abtrennung des Wettbewerbsgeschäfts die Landesbank eine öffentlich-rechtliche Anstalt werde wie andere Anstalten öffentlichen Rechts. Die Landesbausparkasse soll vollständig an die Sparkassen- und Giroverbände veräußert werden. Die grundsätzlichen Verhandlungen seien am 22. Mai 2002 erfolgreich abgeschlossen worden, teilte der Finanzminister mit. Weitere Änderungen betreffen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen ab 19. Juli 2005. Ab diesem Zeitpunkt ist die allgemeine „Gewährträger“-Haftung abgeschafft. Für bestimmte Verbindlichkeiten haften dann die „Träger“ der Sparkassen.

Petitionsausschuss setzt sich für Lärmschutzwand an Grundschule ein

Ohrenbetäubender Lärm und stinkende Abgase auf dem Schulhof: Das ist derzeit Realität für über 300 Schüler der Adolf-Klarenbach-Grundschule in Düsseldorf-Holthausen. Die Schule liegt unmittelbar neben der Münchener Straße, einer autobahnähnlichen Hauptverkehrsader im Süden der Landeshauptstadt.

Eltern und Schulleitung wandten sich an

den Petitionsausschuss des Landtags mit der Bitte, für das Errichten einer Lärmschutzwand einzutreten. Sie übergaben die Unterschriften von über 2600 Bürgerinnen und Bürgern, die die Eingabe unterstützen, nachdem die Lärmbelastung auf dem Schulhof mit Werten von über 70 Dezibel gemessen worden war. Der Petitionsausschuss führte vor Ort eine Anhörung durch und gelangte einstimmig zu der Auffassung, dass die Lärmschutzwand zum Schutz der Kinder vor Lärm und Abgasen sinnvoll und geboten sei. Er empfahl der Stadt Düsseldorf, das Anliegen wohlwollend zu prüfen, und bat die Landesregierung, Zuschüsse zu gewähren. Dabei wies der Petitionsausschuss auf die erhebliche Belastung der Grundschüler hin, der trotz der Sparzwänge abgeholfen werden müsse.

Nachtrag zur Plenardebatte

PDS in NRW

Im Bericht über die Plenardebatte des Landtags zum Thema „Die PDS in der NRW-Politik und ihre Vernetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der politischen Linken“ (Landtag intern Nr. 4/2002) wurde aus dem Beitrag des SPD-Abgeordneten Michael Groschek unter anderem zitiert, er vermute eine Verbindung zu Scientology in der „Hauptstadt der sozialistischen Bewegung“ Gelsenkirchen.

Die NRW-PDS legt Wert auf die Feststellung, dass sich diese Äußerung nicht auf die PDS in Gelsenkirchen, sondern auf die dortige MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) bezieht.



Grenzenloses Engagement legen junge Menschen aus Polen, Italien und Großbritannien an den Tag: Sie sind als europäische Freiwillige in sozialen Einrichtungen des Landes tätig. Bis zu einem Jahr widmen sich die jungen Frauen und Männer unterschiedlichen Projekten von der Kinder- und Jugendhilfe bis zum Bildungsbereich. Als Dankeschön für so viel Einsatz hat Vizepräsidentin Edith Müller (rechte Bildmitte, links neben ihr Gabriele Sikora, SPD, und Dietmar Brockes, FDP) die Freiwilligen im Landtag empfangen und ihr Engagement gewürdigt. Foto: Schätle

Persönlicher Rechenschaftsbericht und politische Auseinandersetzung

Wolfgang Brüggemann war fast 20 Jahre Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wann immer er im Landesparlament das Wort ergriff, kam der Anspruch vom „Hohen Haus“ in Stil, Rhetorik und an der Sache orientierter Auseinandersetzung uneingeschränkt zur Geltung. Als „Sternstunde des Parlaments“ hat die Presse seine Auftritte oft bezeichnet. Der heutige Bundespräsident Johannes Rau, Gegenspieler von Wolfgang Brüggemann als damaliger Wissenschaftsminister, bestätigt das immer wieder mit Respekt. Brüggemann war zuständig für die Wissenschafts- und Bildungspolitik. In der Landespolitik der CDU spielte er inhaltlich eine Rolle, nicht machtpolitisch. Der 76-jährige CDU-Politiker, hellwach wie immer, hat eine Autobiographie veröffentlicht, die ebenso bemerkens- wie lesenswert ist. Politische Biographien leiden ja nicht selten unter dem Hang eines glatten, scheinliterarischen Narzissmus' mit



ter Überzeugung immer verantwortlich fühlte – ohne Opportunismus, mit Respekt vor seinen Lesern, aber auch vor sich selbst.

Brüggemann begegnet uns in spannend formulierten Buchabschnitten als jugendlicher aus dem katholischen Milieu und der Jugendbewegung, herausgefordert auch vom Nationalsozialismus auf der Schule, als Luftwaffenhelfer und Soldat, als Gymnasiallehrer und Professor für Politische Bildung (Universität Dortmund) und schließlich – der Kern seiner Autobiographie – als Kommunalpolitiker in seiner Heimatstadt Bochum, als Bürgermeister (dem dieses Amt nicht besonders lag), als Landtagsabgeordneter und Landespolitiker, auch – mehr als eine Episode – als von einstigen Befürwortern in Stich gelassener Gegenkandidat Kurt Biedenkopfs um den Landesvorsitz der CDU Westfalen-Lippe. Uns interessiert natürlich ganz besonders der parlamentarische Teil seines erfolg-

reichen Wirkens: Seine differenzierte Auseinandersetzung mit der Gesamtschule und die Konfrontation der SPD-Schulpolitiker Girgensohn und Schwier mit ihren eigenen, aus seiner Sicht nicht eingelösten bildungspolitischen Ansprüchen. In seiner damaligen Landtagstätigkeit war Brüggemann Hauptakteur in dem für die CDU von ihm bestimmten Diskussionen zu den Unterrichtsinhalten, den so genannten Rahmenrichtlinien und der Hochschulpolitik von Johannes Rau, später Professor Reimut Jochimsen. Seine prinzipielle Standortvermessung, seine dargelegten Alternativen, die begründeten Zurückweisungen haben über Jahre ihre Gültigkeit bewahrt. Auch heute noch: ideenpolitische Berufungsfälle für die derzeitige Politikergeneration im nordrhein-westfälischen Landtag. Brüggemann, der Mensch, der Wissenschaftler, der Politiker – man kann es nicht nur zwischen den Zeilen lesen: Es gibt zwischen all diesen

Sensible Sprache

Autoren als selbst definiertem Maßstab aller Dinge. Die Biographie des Wolfgang Brüggemann verfolgt andere Ziele. Sie ist ein Dokument von sensibler, lebhafter Sprachgewandtheit, offener, auch kritischer Bewertung seines vielfältigen, in späteren Jahren zunehmend einflussreichen Handelns, eine ehrliche Darstellung von Lebenserfahrungen und persönlichen Schicksalen, die uns – wenn wir wollen – verallgemeinernde Erkenntnisse vermitteln. Es ordnet vor allem erlebte, ihn prägende Geschichte in den Gegenwartsbezug. Das Buch darf verstanden werden als der persönliche, wesentliche Aspekte ansprechende Rechenschaftsbericht gegenüber jenem Publikum, dem sich Wolfgang Brüggemann als Politiker aus tiefs-

Hoffnungsvolles

Rollen auch konfligierende Empfindungen, an denen er uns nunmehr teilhaben lässt. Nicht nur solche Bekenntnisse machen das Buch zu einer höchst lesenswerten Lektüre. Viel Hoffnungsvolles, Optimistisches, freilich nie Euphorisches wird man in der Schrift von Brüggemann nachvollziehen dürfen. Das Hinterfragen ist für ihn keine ins Verschwommene entführte Verweigerung von Antworten, sondern jene geistige Distanz, die einen auf praktisches Handeln ausgerichteten Intellektuellen auszeichnet: Nie die Bereitschaft zur Instrumentalisierung, sondern Identifikation durch Identität. Die Zeit, die man für das Lesen der Biographie von Wolfgang Brüggemann einsetzt, ist ganz gewiss lohnenswert. *Lothar Theodor Lemper*

Erfahrungen für einen guten Zweck

Noch von den letzten internationalen Begegnungen beflügelt, fanden sich die Kicker des FC Landtag am 17. Mai zu einem Benefiz-Spiel zu Gunsten der Kindernothilfe bei Viktoria Buchholz in Duisburg ein.

Nach der Eröffnung der Partie durch die Landtagsabgeordnete und Schirmherrin Charlotte Kann tasteten sich beide Mannschaften zunächst vorsichtig ab. Aus einer gut gestaffelten Abwehr um Spielertrainer Wolfgang Euteneuer heraus sollte das Mittelfeld schnell über-

brückt und die Stürmer Günter Langen und Heinz Sahnen auf den Flügeln in Szene gesetzt werden. Mittelstürmer Rene Markgraf, selbst auch Mitglied bei Viktoria Buchholz, hatte anfänglich Probleme mit dem disziplinierten Abwehrverhalten der Gegner. Chancen zur Führung in der 1. Halbzeit waren durch Jens Harmeier und Günter Langen vorhanden, jedoch wurde das Tor jeweils nur knapp verfehlt. Als sich die Mannschaften schon fast in der Pause sahen, fiel plötzlich das 1 : 0 für den Gastgeber. Ein tückischer Aufsetzer sprang unglücklich unter Torwart Christoph Dicke ins Netz.

Die 2. Halbzeit begann, wie die erste aufgehört hatte. Buchholz rannte an und die Abwehr mit Ralf Jäger, Bernd Heimfarth und Carsten Herlitz stand gewaltig unter Druck. Dass Entgegen-

stemmen und Aufbäumen nicht automatisch zum Erfolg führen, musste schmerzlich durch das 0 : 2 und 0 : 3 eingesehen werden. Doch der FC Landtag öffnete die Abwehr und versuchte seinerseits noch mal das Spiel an sich zu reißen. Trotz zeitweise sehr starker Phasen im Mittelfeld durch Jörg Krause, Bernhard Tenhumberg und Cengiz Yildirim blieb die Überlegenheit des Gegners unübersehbar. Beim Stand von 0 : 4, der Gegner hatte wahrscheinlich einen Gang zurückgeschaltet, ergaben sich plötzlich einige Großchancen. Günter Langen nahm zu genau Maß und setzte das Leder ans Aluminium.

Mit 5 : 0 gewann schließlich der Gastgeber, wobei das Ergebnis nur zweitrangig war. Es war ein faires Spiel bei herrlichem Wetter für einen guten Zweck.

Migration auf gleicher Augenhöhe – Türken in Deutschland, Deutsche in der Türkei: Ein Symposium

Die Einigung Europas gleicht dem Versuch, ein Omelett zu backen, ohne Eier zu zerschlagen. Was der französische Schriftsteller Paul Lacroix einst formulierte, trifft das Zusammenwachsen der Nationen im vereinten Europa. Das Omelett ist fast gar, nur die Zutaten scheinen für einzelne Länder nicht zu stimmen. Vor allem für diejenigen, die gerne mehr als nur Salz und Pfeffer sein wollen. Die Länder, die geografisch zwar zu Europa gehören, aber aufgrund ihrer politischen Konstellationen noch nicht die richtige Mischung für ein gelungenes Unionsgefüge in Europa parat haben. Die Türkei strebt schon lange den Beitritt in die Europäische Union an, die Deutschen wollen dies, sind aber noch zurückhaltend.

Deutschland hat sich heute zu einer Gesellschaft entwickelt, in der über sieben Millionen Ausländer, davon etwa zwei Millionen Türken, leben. Nach einer Analyse des Zentrums für Türkeistudien erwirtschafteten allein die etwa 60 000 türkischen Unternehmer im Jahr 2000 einen Jahresumsatz von 55,7 Milliarden Mark und beschäftigten 327 000 Mitarbeiter. Über 40 Prozent dieser Beschäftigten sind nicht-türkischer Herkunft. In Deutschland „fungieren die türkischen Migranten seit über 40 Jahren als eine Brücke zwischen den beiden Staaten“, darauf wies Professor Dr. Faruk Sen, Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien, bei einem Symposium in Antalya hin. Nach seinen Schätzungen wird sich bis zu den Wahlen am 22. September die Zahl der wahlberechtigten Türken auf etwa 480 000 erhöhen.

480 000 Wahlberechtigte

Türken in Deutschland und Deutsche in der Türkei war das Thema des vom Essener Zentrum für Türkeistudien organisierten Symposiums in Antalya. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien beider Länder diskutierten zwei Tage lang über verschiedene Aspekte der deutsch-türkischen Beziehungen. Der Kern des Kongresses handelte sich entlang der Frage, ob das Vertrauen der Deutschen in die Stabilität und Westintegration der Türkei überhaupt gerechtfertigt ist. Skeptische Stimmen waren vor allem von deutscher Seite zu vernehmen. „In den nächsten sechs Monaten wird sich entscheiden, ob die Türkei überhaupt eine Chance zur Aufnahme in die Europäische Union hat“, sagte Professor Faruk Sen. Im Dezember soll ein EU-Gipfel bislang nur über die Aufnahme der ersten EU-Anwärerstaaten entscheiden. Sen forderte, dass Ankara jetzt bei Reformen aufs Tempo drücken müsse. Seit 1999 wurden mehr als 300 Gesetze reformiert, betonte dagegen Ertugrul Ciragan, einst Botschafter in Ost-Berlin und jetzt Erster Außenpolitischer Berater des türkischen Premiers Bülent Ecevit. Doch nach Schätzungen von Experten müssen 50 000 Gesetze und Verordnungen den in der EU geltenden Normen angepasst werden. „Nach der katholischen und evangelischen Kirche stellt der Islam inzwischen

die drittgrößte Religionsgemeinschaft in unserem Land dar“, zitierte die FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Ute Dreckmann. Die Politikerin aus Bochum weiß, dass der Terroranschlag auf das World-Trade-Center am 11. September letzten Jahres in New York den Islam in Deutschland in das Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt hat. Doch NRW habe gute Erfahrungen mit der 40-jährigen Migrationsgeschichte gemacht. „Damals kamen die ersten Gastarbeiter in unser Land, um zu arbeiten, denn Arbeit gab es reichlich“, erinnerte die Kunsthistorikerin. Nicht verwunderlich, dass das erste umfassende Integrationskonzept Deutsch-

unter den Türken macht Arentz Sorgen. Ausländer seien doppelt so häufig wie Deutsche von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Quote liege bei etwa 20 Prozent. Auch die Entwicklung der Erwerbstätigenquote ließe bei den Türken zu wünschen übrig. Ist sie bei den Deutschen seit 1982 um vier Prozent gestiegen, so ist sie bei den Türken um zwölf Prozent gesunken. Nur 28,4 Prozent aller Türken in Deutschland und weniger als die Hälfte aller Türken im erwerbsfähigen Alter sind abhängig oder selbstständig erwerbstätig. Es gibt 555 000 Sozialversicherungspflichtige, 60 000 Selbstständige mit 327 000 Beschäftigten. Für Arentz scheint Arbeit eines der wichtigsten Integrationskriterien zu sein. Doch da hakt es bei den türkischstämmigen. Nach Zahlen des CDU-Mannes sei die wesentliche Ursache dafür die Qualifikationsstruktur. Türken hätten zu 86,2 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Konsequenz: Es müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um Arbeitssuchende und junge Leute zu qualifizieren. Auch die Ausbildungsquote sei seit 1994 rückläufig. Für



Podium unter freiem Himmel (v. l.): Dagmar Feldgen, Leiterin des Referats Grundsatzfragen der Ausländerpolitik beim Bundesarbeitsministerium, Hermann-Josef Arentz (MdB), Ministerialrat Dr. Wolf Jenkner vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW, Ute Dreckmann (MdB) und Jürgen Stier, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland.

lands im Landtag von NRW in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen erarbeitet und im letzten Sommer einstimmig verabschiedet wurde. Ihrer Meinung nach bestehe in allen Parteien im NRW-Landtag Konsens darüber, dass die Integration von Migrantinnen und Migranten auf gleicher Augenhöhe gewollt ist. Das gelte auch in Bezug auf die Religion. Die gemeinsame Basis müsse auch hier das Grundgesetz sein. „Wir wollen keine Parallelgesellschaften und dulden keine Bestrebungen hin zu einem islamistischen Gottesstaat. Die Entwicklung eines europäischen Islam ist notwendig“, forderte sie.

Ganz andere Ansätze verfolgte Landtagsabgeordnete Hermann-Josef Arentz (CDU). Der Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) ist ein ausgeprägter Kenner des Arbeitsmarktes: „Ohne Ausländer sind bei uns ganze Branchen nicht funktionsfähig.“ Doch die Arbeitslosigkeit

Arentz seien deshalb auch in Zukunft verstärkte Integrationshilfen nötig. Jugendlichen Migranten und deren Eltern sollte klar gemacht werden, wie wichtig Schul- und Berufsausbildung für das Erwerbsleben in Deutschland sind. Wesentlicher Schlüssel dabei sei das Erlernen der deutschen Sprache. Denn ohne Sprache gebe es keine Verständigung und damit auch keine Möglichkeit, sich zu qualifizieren. Genau das sei eben nötig für ein Europa der Zukunft.

Schon Konrad Adenauer hat einst gesagt: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.“ In dem Verhältnis zwischen Deutschen und Türken gibt es nichts mehr, was zum Träumen anregt. Beide Seiten sind längst aufgewacht und auf dem Weg, aus Europa nicht nur eine Wiege der Kultur zu machen, sondern ein Haus, das viele unterschiedliche Zimmer hat, aber wo alle unter einem Dach leben. SH

SPD: Beschäftigungschancen durch Niedriglohnjobs konsequent nutzen

„Das vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) vorgelegte Gutachten über Beschäftigungspotenziale im Niedriglohnbereich bestätigt unsere Skepsis, dass eine undifferenzierte Förderung von Niedriglöhnen für die öffentliche Hand nicht finanzierbar ist. Wir sollten jetzt aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wir sollten vielmehr die Beschäftigungschancen, die das Gutachten für den Dienstleistungsbereich festgestellt hat, konsequent nutzen.“ Das erklärte für die SPD-Landtagsfraktion deren stellvertretender Vorsitzender, Horst Vöge.

Vöge machte deutlich, dass das Gutach-

ten die Entscheidung, im Niedriglohnbereich auf die haushaltsnahen Dienstleistungen zu setzen, eindrucksvoll unterstütze. Es sei möglich, in diesem Teilarbeitsmarkt die Beschäftigung deutlich zu erhöhen. Voraussetzung hierfür sei laut Gutachten, die den Haushalten bei der Nachfrage nach Dienstleistungen entstehenden Kosten zielorientiert zu bezuschussen. Dies beinhalte auch, die Arbeit der Dienstleistungsagenturen billiger zu machen, indem sie u. a. von der Mehrwertsteuer befreit werden. Deren Arbeit sei in diesem Zusammenhang unverzichtbar, da sie die zusätzliche, teilweise nur stun-

denweise Beschäftigung zu Vollzeitstellen zu organisieren haben.

Vöge betonte, dass die SPD-Landtagsfraktion die erforderlichen Maßnahmen zur gezielten Förderung des Niedriglohnbereichs mit Nachdruck unterstützen werde. Hierzu gehöre auch, durch Angebote der Qualifizierung und Kinderbetreuung die Arbeit im Dienstleistungsbereich für Arbeitslose attraktiver zu machen. „Wir werden dafür sorgen, dass die Beschäftigungschancen im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen am nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt nicht vorbeigehen“, so Vöge abschließend.

CDU fordert landesweites Krebsregister für NRW

Für die Einführung eines flächendeckenden, bevölkerungsbezogenen Krebsregisters für Nordrhein-Westfalen macht sich die CDU-Landtagsfraktion stark. Die Fraktion hatte in der vergangenen Woche einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der vorsieht, alle krebsrelevanten Informationen zentral zu sammeln. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecher, Hermann-Josef Arentz, erklärte, dass ein solches Register „dringend erforderlich“ sei, da die Krebserkrankungen aufgrund der Altersentwicklung noch ansteigen würden. Arentz forderte die rot-grüne Regierungskoalition auf, bei die-

sem gesundheitspolitischen Thema „die üblichen Spielchen sein zu lassen und dieses wichtige Anliegen zu unterstützen“.

In NRW gibt es heute bereits ein Krebsregister für den Regierungsbezirk Münster. „Dieses erfasst aber nur etwa 2,5 Millionen Einwohner des Regierungsbezirks und ist somit nicht repräsentativ für das ganze Land“, erläuterte Arentz.

In dem Register solle statistisch erfasst werden, in welcher Häufigkeit und Verteilung bösartige Krebsneubildungen und deren Frühformen in NRW auftreten. Darüber hinaus müssten Daten bereitgestellt werden „beispielsweise für bevölkerungsbezogene

Forschung wie Risiko- und Ursachenforschung“.

Nach Auffassung der CDU muss die Landesregierung ein landesweites flächendeckendes Krebsregister mit den entsprechenden Änderungen des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten im Gesundheitswesen vorbereiten und dem Landtag vorlegen. Die Landesregierung solle im Bundesrat darauf hinwirken, dass die Erfassung der Daten in den Krebsregistern aller Bundesländer vereinheitlicht und standardisiert wird, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten und so die Möglichkeiten zu gezielter Forschung und Kuration zu verbessern.

FDP: Einfache Antworten auf Polizeiskandale greifen zu kurz

Der innere und äußere Druck, mit dem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte täglich aufs Neue umgehen müssen, steigt. Er entschuldigt einerseits natürlich nicht das schlimme Fehlverhalten Einzelner (zum Beispiel jüngst Köln und Hagen), verlangt aber andererseits, dass sich unsere demokratische und offene Zivilgesellschaft mit den Ursachen befassen muss.

Dabei skizzieren Gegensätze, wie zum Beispiel Mobbing und Bossing statt Innere Führung, Korpsgeist statt Berufsethos, Kameraderie statt Kameradschaft und Wegsehen statt Zivilcourage, eine schleichende Fehlentwicklung. Eine unbequeme Wahrheit da-

bei ist, dass eine solche Fehlentwicklung schon bei vielen Mitarbeitern in der nordrhein-westfälischen Polizei über das Stadium der „Angst darüber zu sprechen“ hinaus und in Desinteresse übergegangen ist. Horst Engel, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion: „Hier gehen „Gefahrenanzeiger“ im Alltagstrott unter. Sogar Haushaltsmittel, z. B. für eine berufsethische Fortbildung und psychologische Betreuung, werden gekürzt oder ganz gestrichen. Anders in den USA und Kanada. Dort haben sich Gefahrenanzeiger, so genannte ‚Whistleblower‘, in Vereinen und Verbänden organisiert, die staatlich und gesellschaftlich ge-

fördert werden. Ähnlich in Holland. Von diesen Gesellschaften müssen wir lernen. Anzeichen für Fehlentwicklungen in der Polizei müssen rechtzeitig erkannt werden, nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Das spart nicht nur Geld. Es schützt.“

Die FDP-Landtagsfraktion will noch einen Schritt weiter gehen: Engel: „Wir prüfen eine Parlamentsinitiative zur Einführung eines Polizeibeauftragten des Landtages, der mit einer Bypassfunktion, an Dienstweg und Hierarchie vorbei, den Landtag über Fehlentwicklungen direkt informiert.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Leoluca Orlando zu Gast in der GRÜNEN-Fraktion

Die Sicherheitsvorkehrungen im Vorfeld des Besuches von Leoluca Orlando (M.) waren immens: Der italienische Politiker wurde rund um die Uhr von vier Sicherheitsbeamten begleitet und musste mit einer gepanzerten Limousine in den Landtag gefahren werden. Der Aufwand hat seinen Grund – seit 17 Jahren kämpft Orlando gegen die Mafia. Der Präsident des Instituts für Sizilianische Renaissance und ehemalige Bürgermeister von Palermo besuchte am 4. Juni die GRÜNE Landtagsfraktion und berichtete von seinen Erfahrungen bei der Bekämpfung von Korruption. Korruption ist ein schleichendes Gift, betonte Orlando. Die Vorkommnisse in Köln und Umgebung zeigten, dass wir in Deutschland gut daran tun, uns nachhaltig gegen Spenden- und Korruptionskandale zu wenden. Die Fälle zeigten aber auch, dass Korruption und für Korruption anfällige Strukturen international bekämpft werden müssen. Orlando ermunterte die deutschen Behörden, früh und möglichst entschlossen gegen das unsaubere Geflecht von Politik und Wirtschaft vorzugehen. Auf dem Bild Edith Müller (l.) und Sylvia Löhmann (r.).

Landtag installiert Sicherheitsschleuse

Mit großem Verständnis reagieren die allermeisten Besucherinnen und Besucher des Landtagsgebäudes auf die seit Beginn des Monats Juni durchgeführten Sicherheitskontrollen. Im Eingangsbereich des Parlaments sind seit neuestem eine Torsonde, die elektromagnetisch auf Metallgegenstände reagiert und durch die die Besucher — ohne dass sie einer Strahlenbelastung ausgesetzt sind — treten müssen, und ein Röntgenprüfsystem für Gepäckstücke installiert. Dieses Prüfsystem stellt sicher, dass Scheren, Messer, Sprengstoffe oder Waffen zuverlässig entdeckt werden. Nach den Terrorakten vom 11. September hat sich der Landtag zu dieser flexibel einsetzbaren Kontrolleinrichtung entschlossen, die alle Besuchergruppen sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer von öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse erfasst.



Prozedur von wenigen Augenblicken: Durchgang durch die neue Sicherheitsschleuse. Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Michael Ezzo Solf (CDU)

Der zweite Vorname von Michael Solf lautet Ezzo. Nanu? Was bedeuten denn diese vier Buchstaben? Eine Eitelkeit der Eltern vielleicht? Der Vater des CDU-Abgeordneten vom Rhein-Sieg-Kreis war Biologe, die Mutter Germanistin, sie war es, die vor 56 Jahren auf Ezzo kam, den Namen des gleichnamigen Liedes eines mittelhochdeutschen Schriftstellers aus dem elften Jahrhundert.

Der kleine Vorspann weist auf einen bildungsbürgerlichen Hintergrund des Abgeordneten, der Latein, Griechisch und Erdkunde für das Höhere Lehramt studiert hat und der bedauert, nicht sein geliebtes Latein am Albert-Einstein-Gymnasium in Sankt Augustin unterrichten zu können.

Solf entstammt nicht nur bildungsbürgerlichem, sondern auch christlichem Hause. Er bezeichnet sich als einen wertkonservativen Humanisten. Jemand wie Solf ist natürlich kein Konsument von TV-Massenware. „Bilderbuch Deutschland“ sonntags im Ersten — nur da schaut er regelmäßig zu. Er liebt die Literatur, die klassische und die klassische Moderne, Dichtung vor allem. Und er verehrt die Ewige Stadt. Rom sei für ihn die schönste Stadt der Welt, gefolgt von Lissabon. Als Lehrer, zuletzt Studiendirektor, hat er die Rom-Besuche seiner Latein-Leistungskurs-Schüler stets gründlich geplant. Im Landtags-Büro hängt ein Foto der Engelsburg.

Neue Medien

Solf erzählt temperamentvoll, spricht schnell. Solche Zeitgenossen erinnern oft an Kerzen, die an beiden Enden brennen. Solf wirkt jedoch weder verbraucht, noch früh gealtert. Das kann er sich auch nicht erlauben, weil er spät geheiratet und demzufolge als Mittfünfziger zusammen mit seiner jungen Frau noch Kinder im Alter von 13, elf und fünf Jahren großzuziehen hat.

Die Familie macht bevorzugt Urlaub auf Bauernhöfen: in Bayern, Baden-Württemberg oder Norddeutschland. Natürlich übertrumpfen die Kindern den Vater, wenn es um Internet, Computer, E-Mails und dergleichen geht. Aber der Pater familias nutzt und schätzt selbst die modernen technischen Möglichkeiten. Er hebt seine Abgeordneten-Homepage hervor, preist die großartigen Möglichkeiten der weltweiten Vernetzung. Nur mahnt er auch, die neuen Medien sinnvoll zu nutzen. Der beurlaubte Schulmeister rüffelt: Viele Schüler fräßen Videospiele und bestimmten Computerschund in sich hinein. Zur Politik stieß Solf in den wilden Sechzigern. Von den Eltern, die stets Zentrum und später CDU gewählt haben, inspiriert, hatte er sich vorher dem Eintritt in die Junge Union und schließlich 1968 in die CDU bereits in der christlichen Jugend engagiert. Solf gehörte jahrelang zur aufmüpfigen und

rührigen CDU-Jugend im Rhein-Sieg-Kreis. 1980 sagte er öffentlich, ein wahrer Christ könne den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß nicht wählen, weil der unbequeme Kritiker als Ratten und Schweißfliegen tituliert hatte. Als junger Unions-Mann befürwortete er gegen die offizielle Bundespartei-Linie die Brandtsche Ostpolitik. Heute sitzt er gerne im Landtags-Migrationsausschuss, denn die Integration von Zuwanderern ist ihm ein wichtiges Anliegen. Solf tritt für islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen ein. Er nennt es ein Grundübel, dass das Fach Religion ein Nebendasein friste und dass viele junge Menschen religionsfern aufwüchsen. Solf hat Kreis-, Stadtrats- und Landtags-Arbeit geleistet und 1995 erstmals vergebens für den Landtag kandidiert. 1999 rückte er dann nach, 2000 gewann er den für die Union schwierigen Wahlkreis direkt. Der Abgeordnete sagt, er sei weder ein rechter noch ein linker politischer Scharfmacher. Der bequemste Parteifreund ist er gewiss nicht. Er focht für eine nächtliche Kernruhezeit am Flughafen Köln/Bonn, er setzte sich gegen die Müllverbrennungsanlage in Niederkassel ein. In beiden Fällen war seine Partei mehrheitlich anderer Meinung.

Zu den ruchbar gewordenen neuen Politikskandalen in Köln und anderswo meint er: Schlimmer als einzelne schwarze Schafe seien schleichend daherkommende Verstöße gegen die guten politischen Sitten, beispielsweise das „Kauf“ von Ländern im Bundesrat, oder der nahtlose Übergang von Spitzenbeamten und -Politikern in Positionen der Wirtschaft, mit der man schon zuvor kooperiert hatte. Die Jugend, so findet der Pädagoge und Politiker, sei auf intellektuelle und ethische Integrität bedacht. „Wir, die Politiker, müssen der Jugend saubere Strukturen schaffen.“ Mit schneidender Kritik fertigt Solf ideologisierte Bildungspolitik vergangener Jahre ab: Er habe erfahren, wie sich vermeintliches bildungspolitisches Gold als Blech erwiesen habe.

Was macht solch ein Hochmotivierter, solch ein Dauerbrenner, wenn Mußbestunden winken? Er wandert gerne am „geliebten Niederrhein“, dort, wo er einst (in Emmerich) als Referendar gelebt hat. Reinhold Michels

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 12. bis 23. Juni 2002

- 12.6. **Dr. Ute Dreckmann** (FDP), 52 J.
- 12.6. **Hannelore Kraft** (SPD), 41 J.
- 16.6. **Norbert Post** (CDU), 50 J.
- 17.6. **Frank Baranowski** (SPD), 40 J.
- 18.6. **Bernhard Recker** (CDU), 63 J.
- 21.6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 60 J.
- 23.6. **Axel Wirtz** (CDU), 45 J.

★

Eine ganze Reihe von Abgeordneten hat in den letzten Tagen und Wochen einen „runden“ Geburtstag, nämlich den 50., feiern können. **Wolfgang Große Brömer** (SPD) aus Oberhausen, von Beruf Leiter der Gesamtschuldirektor, gehört seit dem Jahr 2000 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 72 dem Landtag an. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten und gehört als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung an. **Inge Howe** (SPD) vertritt den Wahlkreis Minden-Lübbecke III. Sie ist ordentliches Mitglied im Frauenausschuss und im Petitionsausschuss. Ferner ist sie in der Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen vertreten und gehört der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ an, wo sie als Sprecherin der SPD-Fraktion amtiert. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) ist seit 1990 im Landtag vertreten. Kasperek ist umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion und gehört dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung als ordentliches Mitglied an. **Norbert Post** (CDU) vertritt im Landtag als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Mönchengladbach II. Er gehört als ordentliches Mitglied dem Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses an, dort ist er auch Sprecher seiner Fraktion. Weiterhin ist er als ordentliches Mitglied in den Arbeitsausschuss und in den Haushalts- und Finanzausschuss entsandt worden.

★

Sybille Haussmann (GRÜNE) ist als Nachfolgerin des früheren GRÜNEN-Abgeordneten Jamal Karsli von ihrer Fraktion als neue migrationspolitische Sprecherin benannt worden.

Inhaltsverzeichnis für 2001 erschienen

Das Jahresinhaltsverzeichnis der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ für das Jahr 2001 ist erschienen und kann postalisch bei der Redaktion Landtag intern, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, per Fax unter 02 11/8 84 30 22 oder elektronisch über email@landtag.nrw.de angefordert werden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Drehort NRW ist der Titel einer Ausstellung, die bis 21. Juni in der Wandelhalle des Landtags zeigt, dass sich Nordrhein-Westfalen nicht nur als wichtiges Land der Filmförderung, sondern auch als „Location“ für Filmproduktionen etabliert hat. 51 großformatige Bilder zeigen Örtlichkeiten aus der architektonischen und landschaftlichen Vielfalt des Landes, die inzwischen weit über die nordrhein-westfälischen Grenzen durch Fernseh- und Filmproduktionen bekannt geworden sind, etwa (und nicht nur) den Duisburger Hafen, wo Kommissar Schimanski seine spektakulären Ermittlungen mit seinem Kollegen Thanner durchgeführt hat. Das reicht vom Arbeiterviertel über das Wasserschloss, zeigt Fachwerkdörfer und Hochhausiedlungen, streift Industriedenkmäler und modernste Glas- und Stahlarchitektur. „Es ist eben die richtige Location, die über Top oder Flop einer Produktion entscheidet“, erklärte Vizepräsidentin Edith Müller bei der Eröffnung der Ausstellung, die von der Filmstiftung NRW verwirklicht worden ist. — Grund zur Freude hatte der Abgeordnete Dr. Hans Kraft (SPD, unteres Bild): Er gewann in der Tombola des parlamentarischen Abends einen ganz besonderen Preis; er darf nämlich demnächst in einem Tatort eine Nebenrolle übernehmen. Mit auf dem Foto sind neben Kraft (l.) der Geschäftsführer der Filmstiftung, Michael Schmid-Ospach, die Schauspieler Hannes Jaenicke, Renan Demirkan, Peter Lohmeyer und der Regisseur Sönke Wortmann.

